



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Ziele des Bundesrates 2013

Band II

Die Ziele des Bundesrates 2013 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 7. November 2012

| | |
|------------------------------------------------------------------|----|
| Einleitung | 3 |
| Bundeskanzlei | 4 |
| Departement für auswärtige Angelegenheiten..... | 6 |
| Departement des Innern..... | 14 |
| Justiz- und Polizeidepartement | 18 |
| Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport..... | 21 |
| Finanzdepartement | 23 |
| Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung | 28 |
| Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation | 33 |

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 1422-4518
Art.-Nr. 104.614.D

Vertrieb: BBL, Verkauf Bundespublikationen, CH-3000 Bern
www.bundespublikationen.admin.ch
Publiziert auch im Internet: www.admin.ch

Einleitung

Gemäss Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente ihre Tätigkeiten im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates (Legislaturplanung, Jahresziele). Die Bundeskanzlei unterstützt den Bundesrat bei diesen Planungs- und Koordinationsarbeiten (vgl. Art. 30, 32 RVOG).

Die jährliche Planung der Departemente berücksichtigt nicht nur die eigenen Ziele, sondern auch die Ziele des Bundesrates für das entsprechende Jahr. Für die Festlegung ihrer eigenen Ziele sind die Departemente selber verantwortlich. Den Departementen steht es folglich frei, die Ziele des Bundesrates innerhalb des gesetzten Rahmens zu konkretisieren oder sie ohne Änderungen in den departementalen Katalog aufzunehmen. Ebenso wird der Katalog der Jahresziele des Bundesrates um zusätzliche, hauptsächlich in den Zuständigkeitsbereich der Departemente fallende Geschäfte, erweitert.

Die inhaltliche Abstimmung der Ziele spiegelt sich auch in der Form ihrer Präsentation im vorliegenden Dokument wider. Damit sich die Kommunikation auf Regierungs- und Departementsebene einfacher gestaltet, wurde eine einheitliche und zusammenfassende Darstellung der Ziele der Departemente und der zu ihrer Umsetzung vorgesehenen Massnahmen gewählt. Auf diese Weise kann ein schneller Überblick über die geplanten Aktivitäten gewonnen werden.

Die Jahresziele 2013 der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei bilden die Grundlage für den Geschäftsbericht des Bundesrates 2013 – Band II, den der Bundesrat im Frühjahr 2014 verabschieden wird.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2013

Bundeskanzlei

Ziel 1: Unterstützung des Bundesrates bei der politischen Planung sowie der Bundesverwaltung durch die Optimierung überdepartementaler Prozesse, Dienstleistungen und Produkte

- ▶ Die Unterprojekte (Hotline Bund, Alarmierungskonzept etc.) des Konzepts «Krisenkommunikation» sind in der zweiten Jahreshälfte 2013 erarbeitet und deren Umsetzung eingeleitet.
- ▶ Die Vierjahresplanung der Nachfolgeorganisation GEVER Bund ist der Generalsekretärenkonferenz in der ersten Jahreshälfte 2013 zur Genehmigung unterbereitet und die detaillierte Umsetzungsplanung für 2013 liegt vor.
- ▶ Die strategische Führungsübung (SFU) 2013 ist einwandfrei geplant und durchgeführt. Der Bericht über die SFU ist dem Bundesrat in der zweiten Jahreshälfte 2013 zur Verabschiedung vorgelegt und die SFU ist bis Ende 2013 ausgewertet.
- ▶ Die im Anschluss an den Evaluationsbericht festgelegten Optimierungen bei der Personensicherheitsüberprüfung der Bundeskanzlei (PSP BK) sind in der ersten Jahreshälfte 2013 erfolgt, die Konsolidierung des Dienstes ist abgeschlossen und die bundesinterne Information und Zusammenarbeit sind etabliert.
- ▶ Die internen und externen Benutzerinnen und Benutzer sind im Gebrauch der revidierten Instrumente für die Rechtsetzungsbegleitung (u.a. Gesetzestechnische Richtlinien, Botschaftsleitfaden und Richtlinien Bundesratsgeschäfte) bis Mitte 2013 geschult.

Ziel 2: Fristgerechte und zweckmässige Aufgabenerfüllung

- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte ist in der ersten Jahreshälfte 2013 ausgewertet und die Botschaft ist in der zweiten Jahreshälfte 2013 verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Publikationsgesetzes ist in der ersten Jahreshälfte 2013 ausgewertet und die Botschaft wird in der zweiten Jahreshälfte 2013 verabschiedet.*
- ▶ Im Rahmen der Regierungsreform sind für die Übernahme neuer Aufgaben per 1. Januar 2014 die Konzepte erstellt und die allfälligen Rechtsetzungsarbeiten gemacht. Mögliche Anträge sind dem Bundesrat bis Mitte Mai 2013 zur Beschlussfassung unterbreitet und die Vorarbeiten für die Umsetzung in der zweiten Jahreshälfte 2013 abgeschlossen.

Ziel 3: Termin- und sachgerechte Umsetzung und Dokumentierung der strategischen Projekte unter Berücksichtigung der rechtlichen Vorgaben, der Grundsätze von HERMES sowie der technischen Entwicklungen

- ▶ Der dritte Bericht über die weitere Ausdehnung von Vote électronique ist dem Bundesrat in der ersten Jahreshälfte 2013 zum Entscheid unterbreitet.*
- ▶ Die definierten Projekte des dritten Schwerpunkts der Langfristplanung des Informatik-Systems des Kompetenzzentrums Amtliche Veröffentlichungen (KAV) sind umgesetzt und die Langfristplanung «KAV-Modernisierung» ist gemäss der neu gewonnenen Erkenntnisse geprüft und ggf. aktualisiert. Die erforderlichen Massnahmen für den vierten Schwerpunkt der Langfristplanung sind in die Wege geleitet.
- ▶ Das Projekt zur Ablösung von EXE ist in der ersten Jahreshälfte 2013 gestartet und die Voranalyse in der zweiten Jahreshälfte 2013 abgeschlossen.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

- Ziel 1: Pflege und Ausbau unserer Beziehungen zu den Nachbarstaaten mit einem besonderen Augenmerk auf die Grenzregionen und einer raschen und nachhaltigen Lösung bestehender Herausforderungen**
- ▶ Die Beziehungen zu Frankreich, Italien, Deutschland, Österreich, Liechtenstein sowie Grossbritannien sind in den prioritären Bereichen weiter vertieft. Es wird kontinuierlich an der Entwicklung konkreter bilateraler, multilateraler und internationaler Projekte mit diesen Ländern gearbeitet.*
 - ▶ Aktionspläne mit konkreten gemeinsamen Projekten und zur Pflege der Beziehungen sind mit Frankreich und Italien fertig erarbeitet und mit deren Umsetzung ist begonnen worden. Für die konkrete Zusammenarbeit mit Grossbritannien ist ebenfalls ein Aktionsplan erarbeitet.
 - ▶ Der schweizerische OSZE-Vorsitz 2014 wird als Chance genutzt, um eng mit unseren Nachbarstaaten zusammenzuarbeiten und den bilateralen Beziehungen einen weiteren konstruktiven Impuls zu geben.*
 - ▶ Bei den offenen Fragen um den Euro-Airport Basel-Mulhouse sind Fortschritte erzielt worden.
- Ziel 2: Erneuerung und Vertiefung der Beziehungen zur EU. Langfristige Wahrung des politischen Handlungsspielraums und der wirtschaftlichen Interessen sowie Hervorhebung des Beitrags der Schweiz als Stabilitätsfaktor in Europa**
- ▶ Die Schweiz setzt sich weiterhin für ihre Sicht der institutionellen Fragen bei der EU und ihren Mitgliedstaaten ein. Sie sucht den Dialog, hält aber gleichzeitig an den von ihr aufgestellten Grundsätzen fest.*
 - ▶ Machbare Marktöffnungsschritte im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft werden mit der EU und Drittländern in Abstimmung mit der internen Agrarpolitik weiterhin geprüft.*
 - ▶ Die Verhandlungen im Bereich Strom und in den Bereichen Lebensmittelsicherheit, Produktesicherheit und öffentliche Gesundheit (FHAL & GesA) sind parallel weitergeführt.*
 - ▶ Die Verhandlungen über die Teilnahme der Schweiz am Euratom-Rahmenprogramm der Jahre 2014–2018, über die Beteiligung der Schweiz am neuen EU-Forschungsrahmenprogramm «Horizon 2020» und am neuen EU-Bildungsprogramm «Erasmus für alle», sowie zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit sind aufgenommen.*
 - ▶ Die Verhandlungen über ein Administrativabkommen, über die Modalitäten der Teilnahme der Schweiz an der IT-Agentur, über die Beteiligung der Schweiz am europäischen Satellitennavigationsprogramm GNSS (Galileo/EGNOS) und über eine Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind abgeschlossen.*
 - ▶ Die Bedingungen für eine allfällige Erneuerung der Beteiligung der Schweiz am EU-Programm MEDIA 2014–2020 zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Filmindustrie sind abgeklärt.*

- ▶ Die Botschaft zum bilateralen Kooperationsabkommen im Bereich Wettbewerb ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Folgeentscheide getroffen, die sich aus der Konkretisierung des am 4. Juli 2012 erteilten Mandatstexts über den Dialog mit der EU über die Unternehmensbesteuerung ergeben.*
- ▶ Ein Dialog mit der EU über eine Revision des Zinsbesteuerungsabkommens ist aufgenommen, sofern die EU die laufenden Revisionsarbeiten zu ihrer Zinsbesteuerungsrichtlinie beendet und ein entsprechendes Mandat verabschiedet hat.*

Ziel 3: Fortsetzung und Weiterentwicklung des Engagements der Schweiz für bessere Lebensbedingungen und zugunsten der Stabilität in Europa, in Grenzregionen zu Europa («entfernere Nachbarschaft») und in der übrigen Welt

Internationale Zusammenarbeit

- ▶ Die Schwerpunkte der Botschaft über die internationale Zusammenarbeit 2013–2016 werden in Kooperationsprogrammen und gemäss den definierten thematischen Schwerpunkten umgesetzt. Prioritäten liegen im Engagement der Schweiz in fragilen Kontexten sowie in ihrem Beitrag zur Bewältigung globaler Krisen. Dabei wird ein integrativer Ansatz (integrierte Projekte) verfolgt und der Wirkungsorientierung besondere Beachtung geschenkt.*
- ▶ Als Beitrag zur Stärkung der sozialen und ökologischen Unternehmensverantwortung und zur Erhöhung der Entwicklungswirksamkeit ist die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor intensiviert.
- ▶ Die Schweiz hat ihre Position zur neuen UNO-Agenda für eine nachhaltige Entwicklung (Post 2015) ausgearbeitet und bringt diese in den internationalen Konsultationsprozess ein.*
- ▶ Die Schweiz führt im Rahmen des Internationalen Jahres der Zusammenarbeit im Wasserbereich eine ehrgeizige Wasserstrategie ein. Sie führt die Arbeiten für die «Blue-Peace-Initiativen» fort und baut sie weiter aus. Sie übernimmt eine führende Rolle in diesem Bereich, der die Dimensionen nachhaltige Entwicklung, Sicherheit und Mediation umfasst.
- ▶ Die Schweiz engagiert sich für das friedliche Zusammenleben in verschiedenen Entwicklungs- und Transitionsländern, beispielsweise Nordafrika. Sie unterstützt diese Staaten bei der Verbesserung der politische Transition, der Gouvernanz, der Menschenrechtssituation, der Teilhabe benachteiligter Bevölkerungsgruppen an der politischen Entscheidungsfindung. Diese Beiträge sind in Länderstrategien präzisiert.
- ▶ Zur weiteren Erhöhung der Entwicklungswirksamkeit hat die Schweiz die in der Busan-Konferenz eingegangenen Verpflichtungen umgesetzt und leistet einen aktiven Beitrag zum Aufbau der Globalen Partnerschaft für Entwicklung.
- ▶ Fortschritte und Schwierigkeiten betreffend die Kohärenz für die Entwicklung werden im Rahmen der OECD DAC Peer Review 2013 thematisiert. Die Schweiz hat im Rahmen der Positionierung zur neuen globalen Entwicklungsagenda (post-MDGs) die Kohärenz zwischen Entwicklungs- und Umweltpolitik und weiteren Politikbereichen (wie Migration, Finanzen/Steuern, Handel und Landwirtschaft) verstärkt.*

Friedensförderung, internationale Sicherheit sowie Achtung der Menschenrechte und des Rechtsstaats

- ▶ Die Stabilität in Konflikt- und Spannungsgebieten wird durch das Schweizer Engagement gefördert, insbesondere im Westbalkan, Südkaukasus, Zentralasien und Nordafrika. Dies auch mit Blick auf den OSZE-Vorsitz der Schweiz 2014.*
- ▶ Das Engagement der Schweiz im Kampf gegen die Todesstrafe wird verstärkt. Dazu wird das heutige substanzielle Engagement weitergeführt und durch spezifische Aktivitäten mit Partnerstaaten ergänzt.*

- ▶ Die Schweiz präsidiert 2013 erfolgreich den «Voluntary Principles on Security and Human Rights».
- ▶ Der Grundlagenbericht zum Thema Rohstoffhandelsplatz Schweiz wird vom Bundesrat zur Kenntnis genommen und allfälliger Handlungsbedarf festgelegt.
- ▶ Der Nationale Aktionsplan zur Umsetzung der UNO-Sicherheitsratsresolution 1325 zu Frauen, Frieden und Sicherheit für die Jahre 2013–2014 ist verabschiedet.*
- ▶ Die zwischenstaatliche «Nansen Initiative» zur Thematik der grenzüberschreitenden umweltbedingten Vertreibungen wird unter der Führung der Schweiz und Norwegens umgesetzt.
- ▶ Im Rahmen des Nyon Prozess – eines von der Schweiz mit-initiierten Dialogs zwischen politischen Akteuren mit säkularen und religiösen Weltbildern – wird das friedliche Zusammenleben gefördert.
- ▶ Das Schweizer Engagement in Myanmar zur Förderung des Friedens, der Menschenrechte und der Entwicklung ist mit Unterstützung der neuen Schweizer Botschaft vor Ort entlang der identifizierten Einstiegspunkte und Programmschwerpunkte umgesetzt. Die Zusammenarbeit mit dem Schweizer Privatsektor in diesem Land ist ausgebaut.
- ▶ Als Beitrag zur Stabilisierung des Horns von Afrika ist mit der Umsetzung der departementsübergreifenden Strategie begonnen worden.
- ▶ Zur Verbesserung der Lebensbedingungen, der Reduktion der Konfliktursachen und der Erhöhung der Krisenresistenz in fragilen Kontexten (wie dem Horn von Afrika und der Region der Grossen Seen) sind die nationalen Kapazitäten dank der Unterstützung der Humanitären Hilfe und der Entwicklungszusammenarbeit gestärkt.
- ▶ Massnahmen zur Stabilisierung und Konfliktlösung in Westafrika (insbesondere in Mali) sind weitergeführt.

Völkerrecht und humanitäres Völkerrecht

- ▶ Für eine bessere Einhaltung des humanitären Völkerrechts ist im Rahmen der Schweizer Initiative ein weiteres Staatentreffen durchgeführt.
- ▶ Die Botschaft für eine formelle Gesetzesgrundlage zur vorsorglichen Blockierung von Vermögenswerten von politisch exponierten Personen ist verabschiedet. Die Schweiz führt ihre vorbildliche Politik in diesem Bereich freiwillig weiter.*
- ▶ Die Zusammenarbeit mit den Ländern des Arabischen Frühlings ist im Hinblick auf die Rückführung der in der Schweiz gesperrten Gelder mit der Durchführung eines internationalen Expertentreffens weiter gestärkt. Die Schweiz bemüht sich im Rahmen rechtsstaatlicher Verfahren um eine rasche Rückgabe der Gelder.
- ▶ Die Botschaft zum Übereinkommen vom 20. Dezember 2006 zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur UNO-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen ist durch den Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Das Vernehmlassungsverfahren betreffend die Botschaft zur Genehmigung der Änderungen des Römer Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs (Verbrechen der Aggression, Erweiterung Kriegsverbrechen) ist eröffnet.*

- ▶ Im Kampf gegen die Straflosigkeit hat die Schweiz dazu beigetragen, dass das Römer Statut des Internationalen Strafgerichtshofs möglichst universell ratifiziert und umgesetzt ist. Zudem ist die Zusammenarbeit unter den Mitgliedsstaaten und zwischen Mitgliedsstaaten und Strafgerichtshof verstärkt worden.
- ▶ Die Schweizer Initiative zur Erhöhung der Rechtsstaatlichkeit und für transparentere Verfahren bei UNO-Sanktionen ist fortgesetzt worden.
- ▶ Die Schweiz fördert die ausgewogene und integrale Umsetzung der vier Pfeiler der Globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus (Ursachenbekämpfung, Prävention und Repression, Aufbau von staatlichen Kapazitäten, Einhaltung der Menschenrechte), insbesondere auch im Rahmen ihrer Teilnahme am «Global Counter-Terrorism Forum» sowie im Rahmen der Arbeiten am Memorandum von Algier. Die Schweiz unterstützt die Bemühungen zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus und dessen Finanzierung. Die Politik besteht darin, die internationale Zusammenarbeit zu verstärken sowie keine Lösegelder im Fall von Entführungen zu bezahlen.
- ▶ Die Schweiz stärkt ihre Rolle als humanitäre Akteurin und Depositärstaat der Genfer Konventionen im Rahmen des 150-jährigen Jubiläums des IKRK. Sie unterstützt diese Organisation aktiv durch eine besondere Aktion zum Jubiläum.
- ▶ Die Schweiz hat in Zusammenarbeit mit dem IKRK eine Konferenz organisiert, die fünf Jahre nach der Ausarbeitung des Montreux-Dokuments Bilanz ziehen und den Staaten bei der Umsetzung ihrer Verpflichtungen helfen soll. Im Rahmen des Steuerungsausschusses des internationalen Verhaltenskodex für private Sicherheitsunternehmen hat sie bei der Entwicklung eines unabhängigen Gouvernanz- und Kontrollmechanismus für den Kodex mitgearbeitet.
- ▶ Das 50-jährige Jubiläum des Beitritts der Schweiz zum Europarat wird genutzt, um der Bevölkerung die Arbeit des Europarats und ihre Bedeutung für die Schweiz näher zu bringen. In diesem Zusammenhang wird aufgezeigt, wie die Schweiz über die Mitgliedschaft in internationalen Organisationen ihre Interessen wahren und gleichzeitig zur Bewältigung internationaler Herausforderungen beitragen kann.

Ziel 4: Stärkung und Diversifizierung unserer strategischen Partnerschaften; Engagement für eine bessere globale Gouvernanz mit Fokus auf Themen, in denen die Schweiz über ein besonderes Knowhow verfügt. Konsequente Förderung von Genf als Standort für internationale Organisationen und Veranstaltungen

- ▶ Die Schweiz wirkt darauf hin, die Rolle der UNO als der einzig legitimen universellen Organisation gegenüber der G-20 und anderen ad hoc Gremien zu behaupten, damit Entscheidungen weiterhin dort getroffen werden, wo die Mitbestimmungsrechte aller Betroffenen gewährleistet sind.
- ▶ Das aktive Engagement der Schweiz zielt weiterhin auf die Verbesserung der Arbeitsmethoden des UNO-Sicherheitsrates (insbesondere unter dem Gesichtspunkt Demokratisierung, Transparenz, Beschränkung des Vetorechts). Die bisher im Rahmen der sogenannten «S-5-Initiative» lancierten Aktivitäten werden in einem breiteren Kreis von gleichgesinnten Staaten weitergeführt und die Zusammenarbeit mit diesen weiter gestärkt.
- ▶ Die Schweiz unterstützt die Managementreform des UNO-Generalsekretärs zur Effizienzsteigerung und steht in diesem Kontext für einen starken UNO-Standort Genf ein.
- ▶ In Zusammenarbeit mit den kantonalen und städtischen Behörden fördert die Schweiz trotz der immer grösser werdenden Konkurrenz die Rolle und Bedeutung des internationalen Genf in der globalen Gouvernanz. Sie koordiniert ihre Anstrengungen in diesem Bereich intensiv mit Frankreich.*
- ▶ Die Wettbewerbsfähigkeit Genfs ist durch die Umsetzung neuer Massnahmen gestärkt, um schon ansässige internationale Organisationen an den Standort zu binden und die Ansiedlung neuer Organisationen zu fördern. Ein Antrag zur Finanzierung der Gebäuderenovationen internationaler Organisationen liegt dem Bundesrat vor. Im Sicherheitsbereich werden die Beschlüsse zur verstärkten finanziellen Unterstützung des Kantons durch den Bund umgesetzt.*
- ▶ Globales Risikomanagement und Gouvernanz (UNO, Bretton Woods, G20) im entwicklungspolitischen Bereich sind gestärkt durch die Beeinflussung der relevanten multilateralen Entscheide und die Umsetzung innovativer Projekte der Globalprogramme der internationalen Zusammenarbeit.
- ▶ Die Beziehungen zu den regionalen Organisationen (u.a. Asia-Europe Meeting ASEM) sind sowohl auf multilateraler als auch auf bilateraler Ebene gestärkt.
- ▶ Die politische Zusammenarbeit mit den strategischen Partnerstaaten ist durch zielgerichtete politische und thematische Dialoge weiter gestärkt und diversifiziert.*
- ▶ Die Allianzen mit den G20-Ländern sind mittels intensiverer Kooperation in Bereichen gemeinsamen Interesses gestärkt.
- ▶ Die Schweiz beteiligt sich an den Arbeiten von formellen und informellen G20-Arbeitsgruppen. Gelegenheiten wie die russische G20 Präsidentschaft 2013 und die kommende australische Präsidentschaft nutzt die Schweiz aktiv für ihre Interessen.
- ▶ Die Interessenmandate Russland-Georgien (einschliesslich das bilaterale Zollabkommen), Iran und Kuba sind gepflegt.*

- ▶ Die Strategie zur künftigen Zusammenarbeit der Schweiz mit der Organisation internationale de la Francophonie ist verabschiedet. Die Schweiz bringt sich in ausgewählten Bereichen, in denen sie über anerkannte Kompetenzen verfügt, verstärkt ein und leistet so einen nützlichen Beitrag für die Staatengemeinschaft.
- ▶ Der Umstand, dass die Schweiz weltweit in den Bereichen Bildung, Forschung und Innovation eine Spitzenstellung einnimmt, findet in der Aussenpolitik verstärkte Beachtung. Dazu sind die gegenseitigen Wechselwirkungen zwischen Aussenpolitik und Wissenschaft genauer analysiert und in Zusammenarbeit mit dem für Bildung, Forschung und Innovation zuständigen Departement ist eine Strategie erarbeitet, die einen optimalen Einsatz des schweizerischen Aussennetzes und grösstmögliche Synergien aus bestehenden Instrumenten der Bildungs- und Forschungszusammenarbeit der Schweiz zum Ziel hat.
- ▶ Wissenschaftliche Aspekte sind in den internationalen Kontakten und Zusammenarbeitsforen systematisch eingebracht, wie z.B. bei der Zusammenarbeit mit den europäischen Staaten im Rahmen der schweizerischen Ko-Präsidentschaft der Europäischen Raumfahrtagentur (ESA).

Ziel 5: Ausbau der Unterstützung von Schweizer Staatsangehörigen, die im Ausland wohnen, reisen oder im Ausland in Not geraten sind, sowie gezielte Gefahrenprävention

- ▶ Der Betrieb der Helpline EDA, einer zentralen Anlaufstelle für Fragen zu konsularischen Dienstleistungen in Verbindung mit der Internet-Plattform «Itineris» zur Online-Registrierung für Auslandsreisende, ist konsolidiert.
- ▶ E-Government-Lösungen der Konsularischen Direktion sind entwickelt und stufenweise eingeführt.
- ▶ Die Dienstleistungen der Auswanderungsberatung sind auf der neuen Internetplattform abrufbar.
- ▶ Die Zusammenarbeit mit anderen Staaten im Bereich der konsularischen Dienstleistungen ist weiter ausgebaut und formalisiert.
- ▶ Das Bewusstsein der Öffentlichkeit um die Risiken bei Auslandsreisen ist gewachsen und die Reisehinweise des EDA sind allgemein bekannt und ihre Expertise anerkannt. Die öffentliche Krisenprävention ist mit Auftritten von ehemaligen Geiseln, Filmen, der Teilnahme an Ferienmessen und dem gezielten Kontakt mit der Reisebranche ausgebaut.
- ▶ Kreative Lösungen im Krisenmanagement, wie beispielsweise die Umsetzbarkeit einer elektronischen Datenaustauschplattform mit der Wirtschaft, sind evaluiert.

Ziel 6: Realisierung von Massnahmen für eine erfolgreiche Umsetzung der Strategie Landeskommunikation 2012–2015

- ▶ Das Bild der Schweiz im Ausland ist dank der internationalen Kooperation verbessert, namentlich dank dem Engagement in Bereichen, in welchen die Schweiz über besondere Stärken verfügt (z.B. Wasser und Sicherheit, Innovation, Bildung und Forschung, Abschaffung der Todesstrafe).
- ▶ Das Schweizer Aussennetz ist unter Berücksichtigung der Aufgabenüberprüfung des Bundes gestärkt und modernisiert.
- ▶ Um die Zusammenarbeit in der internationalen Kommunikation zwischen den Fachstellen innerhalb der Bundesverwaltung sicherzustellen, sind die interdepartementale Arbeitsgruppe Landeskommunikation und die thematischen Untergruppen lanciert.
- ▶ In den Bereichen der thematischen Chancen und Herausforderungen wurden Projekte der Landeskommunikation im In- und Ausland erfolgreich realisiert.
- ▶ Die Zusammenarbeit von Präsenz Schweiz mit privaten Akteuren im In- und Ausland im Rahmen von grösseren Projekten der Landeskommunikation ist weiter verstärkt und intensiviert.
- ▶ Die Kredite für die Auftritte der offiziellen Schweiz an den Olympischen Spielen und den Paralympischen Spielen 2016 in Rio de Janeiro (Brasilien) und 2018 in Pyeongchang (Korea) wurden dem Bundesrat unterbreitet.

Departement des Innern

Ziel 1: Weiterentwicklung der Regelungen im Bereich der Humanmedizin

- ▶ Die Botschaft zur Änderung von Artikel 119 Bundesverfassung und des Fortpflanzungsmedizingesetzes hinsichtlich der Zulassung der Präimplantationsdiagnostik ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Bundesgesetzes über genetische Untersuchungen beim Menschen ist eröffnet.*
- ▶ Das Bundesgesetz über die Forschung am Menschen (Humanforschungsgesetz) wird auf den 1. Januar 2014 in Kraft gesetzt. Die für den Vollzug notwendigen Ausführungsbestimmungen zu diesem Gesetz sind verabschiedet.*

Ziel 2: Förderung der Gesundheit und Prävention

- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Medizinalberufegesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zum Gesundheitsberufegesetz ist eröffnet.*
- ▶ Der Vernehmlassungsbericht zum Bundesgesetz über die Registrierung von Krebs und anderen Krankheiten ist veröffentlicht. Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur bundesgesetzlichen Regelung über den Schutz vor nichtionisierender Strahlung und Schall ist eröffnet.*
- ▶ Der Beschluss des Bundesrates über die Verlängerung des nationalen Programmes Migration und Gesundheit 2014–2016 liegt vor.*

Ziel 3: Förderung von Qualität und Wirtschaftlichkeit im Gesundheitswesen

- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über das elektronische Patientendossier ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine öffentliche Krankenkasse» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Zusatzbotschaft zur Revision des Unfallversicherungsgesetzes (UVG) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision des Krankenversicherungsgesetzes (KVG) im Zusammenhang mit der Erleichterung von grenzüberschreitenden Kooperationsprojekten im Gesundheitsbereich ist eröffnet.*
- ▶ Der Bericht über Massnahmen zur Förderung der Vereinbarkeit von Erwerbstätigkeit und Angehörigenpflege ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über den Schutz der Patientendaten und Schutz der Versicherten (in Erfüllung des Po. Heim 08.3493) ist veröffentlicht.*

Ziel 4: Vertiefung der Beziehungen mit der EU im Gesundheitsbereich

- ▶ Die Verhandlungen im Bereich Lebensmittelsicherheit und öffentliche Gesundheit sind weitergeführt.*
- ▶ Die Verhandlungen zur Zusammenarbeit im Bereich der Chemikaliensicherheit sind aufgenommen.

Ziel 5: Konsolidierung und Sicherung der Sozialwerke

- ▶ Die Vernehmlassungsvorlage zur Reform der Altersvorsorge entsprechend den vom Bundesrat festgelegten Eckwerten ist ausgearbeitet.*

Ziel 6: Weiterentwicklung der Familienpolitik

- ▶ Die dritte Evaluation des Bundesgesetzes über Finanzhilfen für familienergänzende Kinderbetreuung liegt vor.*
- ▶ Der Bericht über die Sicherstellung der Finanzierung von Pro Juventute für die «Beratung und Hilfe 147» (in Erfüllung der Po. Schmid-Federer 10.4018 und Fiala 10.3994) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über «Freiwillige Elternzeit und Familienvorsorge» (in Erfüllung des Po. Fetz 11.3492) ist verabschiedet.*

Ziel 7: Bekämpfung der Armut in der Schweiz

- ▶ Das Bundesprogramm zur Prävention und Bekämpfung der Armut ist erarbeitet und vom Bundesrat verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zu einer Rahmengesetzgebung für die Sozialhilfe ist erstellt und mit den Vertretungen der Kantone, Städte und Gemeinden diskutiert.*

Ziel 8: Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann

- ▶ Der Bundesrat hat von einer Studie zu den volkswirtschaftlichen Kosten von Gewalt in Paarbeziehungen Kenntnis genommen.*
- ▶ Die Anzahl Kontrollen im Beschaffungswesen betreffend Gleichbehandlung von Frau und Mann in Bezug auf die Lohnleichheit ist erhöht.

Ziel 9: Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes

- ▶ Der Bundesrat hat über die Teilnahme am Kulturprogramm der EU 2014–2020 eine Aussprache geführt und über das weitere Vorgehen entschieden.
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Auslandschweizer-Ausbildungsgesetzes ist verabschiedet.*
- ▶ Die Anhörung der Verordnung zum revidierten Auslandschweizer-Ausbildungsgesetz ist eröffnet.
- ▶ Der Bericht zur Umsetzung des Bundesbeschlusses über die Jugendmusikförderung ist erarbeitet.
- ▶ Die Botschaft zum bilateralen Abkommen betreffend Teilnahme am MEDIA Programm 2014–2020 ist verabschiedet.*

Ziel 10: Optimierung der Handlungs- und Leistungsfähigkeit der Bundesstatistik

- ▶ Die Änderungen in der Statistikerhebungsverordnung sind verabschiedet.
- ▶ Die Änderungen des Anhangs A des Abkommens zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Europäischen Gemeinschaft [heute EU] über die Zusammenarbeit im Bereich der Statistik ist in Kraft getreten.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht über die Indikatoren der Informationsgesellschaft in der Schweiz verabschiedet.
- ▶ Ein Konzept für ein umfassendes Informationssystem zur Messung der sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung ist erarbeitet.

Ziel 11: Einführung des «Single Point of Orientation» (SPO)

- ▶ Die Vorbereitungen zur Einführung des Single Point of Orientation (SPO, zentrales Register zur Suche von amtlichen Dokumenten in der Bundesverwaltung) werden fortgesetzt.

Ziel 12: Strukturelle und betriebliche Reform MeteoSchweiz

- ▶ Durch strukturelle und betriebliche Reformschritte wird sichergestellt, dass die Empfehlungen der EFK umgesetzt werden.
- ▶ MeteoSchweiz setzt die laufenden Anstrengungen fort, um Organisation, Leistungsportfolio, Führungs- und Steuerungsinstrumente weiter zu verbessern und den Nutzen für die Bevölkerung zu erhöhen.

Ziel 13: Rechtliche Rahmenbedingungen für den freien Zugang zu Meteodaten (Open Government Data Prinzip)

- ▶ Es wird geprüft, wie weit das «Open Government Data Prinzip» auf Basis des geltenden Meteorologieggesetzes umgesetzt werden kann oder ob weitergehende Massnahmen nötig sind.

Ziel 14: Stärkung des Tier- und Artenschutzes

- ▶ Die Revision der Tierschutzverordnung ist verabschiedet.
- ▶ Das Bundesgesetz über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten und die Ausführungsbestimmungen sind in Kraft gesetzt.

Ziel 15: Verbesserung des Datenmanagements und effizientere Koordination der Kontrollen entlang der Lebensmittelkette

- ▶ Die Anhörung zur Revision der Verordnung über das Informationssystem für den öffentlichen Veterinärdienst ist durchgeführt.

Ziel 16: Integration des Bundesamts für Veterinärwesen

- ▶ Der Transfer und die Integration des Bundesamts für Veterinärwesen und seines Instituts für Viruskrankheiten und Immunprophylaxe ins EDI sind erfolgreich umgesetzt.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1: Migration und Integration

- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Revision des Asylgesetzes ist eröffnet (Umsetzung der Neustrukturierung im Asylbereich).*
- ▶ Die Botschaft zu einer Revision der integrationsrechtlichen Bestimmungen im Ausländergesetz und in Spezialgesetzen ist verabschiedet.*
- ▶ Das Arbeitsprogramm der Tripartiten Agglomerationskonferenz (TAK) wird im Rahmen des Integrationsdialogs umgesetzt. Der Dialog mit den relevanten Partnern in den Bereichen «Gesundheit, Familie, Frühförderung» ist erfolgreich gestartet. Initiativen und Projekte in diesen Bereichen sind lanciert worden. Der Dialog «Arbeitsleben» ist weitergeführt worden.
- ▶ Die kantonalen Integrationsprogramme sind gemäss den im Rundschreiben vom Juni 2012 dargelegten Kriterien geprüft und entsprechende Programmvereinbarungen mit allen Kantonen abgeschlossen.
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und je nach Ergebnis die Botschaft zur Umsetzung der Volksinitiative für die Ausschaffung krimineller Ausländer (Ausschaffungsinitiative) verabschiedet.*
- ▶ Die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU zur Ausdehnung des Personenfreizügigkeitsabkommens auf Kroatien sind im Gang (wenn Kroatien wie geplant am 1.7.2013 der EU beitrifft).
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer bezüglich der Sanktionen gegen Transportunternehmen («carrier sanctions»), des Passagier-Informationssystems («Advance Passenger Information», API) und der Finanzierung von Administrativhaftplätzen ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Aufhebung des Cabaret-Tänzerinnen-Statuts und die entsprechende Änderung der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit (VZAE) gutgeheissen.
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zu Wirksamkeit und Kosten der Rückkehrhilfe (in Erfüllung des Po. Müller Philipp 11.3062) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur Situation der Musliminnen und Muslime in der Schweiz (in Erfüllung der Postulate Amacker-Amann 09.4027, Leuenberger 09. 4037 und Malama 10.3018) verabschiedet.*
- ▶ Die Schweiz hat ihre Zusammenarbeit mit weiteren wichtigen Herkunftsstaaten (Sri Lanka, Angola, DR Kongo, Marokko) verstärkt und den Migrationsdialog mit diesen Staaten durch den Abschluss von Rückübernahme- und Visaabkommen (Abkommen sind paraphiert bzw. unterzeichnet) und durch Projekte institutionalisiert (Projekte sind identifiziert oder werden umgesetzt).
- ▶ Der Bundesrat hat ein umfassendes Resettlement-Konzept genehmigt. Es geht dabei um eine verstärkte Politik der Aufnahme von Flüchtlingsgruppen in der Schweiz über mehrere Jahre. Ziel ist es, jährlich gezielt und strukturiert eine Quote von Flüchtlingen in der Schweiz aufzunehmen und mit den Kantonen/Gemeinden sicherzustellen, dass deren Integration möglichst schnell gelingt. Für die Auswahl der Flüchtlinge ist eine enge Zusammenarbeit mit dem UNHCR zwingend.

Ziel 2: Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zum Strafregistergesetz Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes betreffend die Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs (BÜPF) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Bundesgesetz über die von der Schweiz aus im Ausland erbrachten privaten Sicherheitsdienstleistungen (BAPS) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Änderung des Korruptionsstrafrechts (Privatbestechung) eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Verordnung über Präventionsmassnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels (gestützt auf Art. 386 StGB) verabschiedet.
- ▶ Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen betreffend das Polizeiaufgabengesetz (PolAG) entschieden. Dies im Nachgang zu den parlamentarischen Beratungen zum bundesrätlichen Bericht «Innere Sicherheit: Klärung der Kompetenzen».*
- ▶ Der Bundesrat hat den Aktionsplan Integrierte Grenzverwaltungsstrategie verabschiedet.*

Ziel 3: Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

- ▶ Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis zu einem Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden und über den Schutz der schweizerischen Souveränität sowie gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis Kenntnis genommen und gegebenenfalls die Botschaft verabschiedet zur Änderung des Bundesgesetzes über internationale Rechtshilfe in Strafsachen.*
- ▶ Der Bundesrat hat über das weitere Vorgehen mit Blick auf die allfällige Aufnahme von Verhandlungen mit der EU betreffend die Verstärkung und Vereinfachung der Zusammenarbeit zwischen den Polizeibehörden der EU-Mitgliedstaaten (Prüm) entschieden.*
- ▶ Die Zusatzvereinbarung zur Beteiligung der Schweiz an der IT-Agentur im Rahmen von Schengen-Dublin ist vom Bundesrat unterzeichnet.
- ▶ Das neue bilaterale Polizeikooperationsabkommen mit Italien ist paraphiert.
- ▶ Die Schweiz hat Beiträge im Rahmen von Gemeinschaftsaktionen in den Bereichen Grenzsicherung und Verwaltung des Schengen-Raums geleistet. Zudem hat sie Aufgaben im Rahmen des EU Aktionsplans zur Verminderung des Migrationsdrucks (bspw. zur Ausübung der sog. Schutzengel-Funktion) übernommen.
- ▶ Die der Schweiz notifizierten Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.
- ▶ Die Botschaft über die Teilnahme der Schweiz als Beobachterin am Europäischen Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO) ist verabschiedet.*

Ziel 4: Gesellschaftlicher Zusammenhalt

- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Unterhaltsrecht) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Zivilgesetzbuchs (Vorsorgeausgleich) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Lotteriegesetzes ist eröffnet.*

Ziel 5: Staatliche Institutionen

- ▶ Die Vernehmlassung zu einer Revision des Bundesgesetzes über die politischen Rechte (Vorprüfung von Volksinitiativen) und der Bundesverfassung (Erweiterung der materiellen Schranken von Verfassungsrevisionen) ist eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis zur Änderung des Bundesgesetzes über Zertifizierungsdienste im Bereich der elektronischen Signatur (ZertES) und über das weitere Vorgehen entschieden.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Änderungen der Verordnung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige im Hinblick auf die Einführung des neuen Ausstellungsverfahrens für Identitätskarten (Ausstellung bei den Gemeinden in einem elektronischen Verfahren) verabschiedet.

Ziel 6: Wirtschaftsstandort Schweiz

- ▶ Die Botschaft zur Änderung des Obligationenrechts (Verjährungsrecht) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Obligationenrechts (Sanktionen bei missbräuchlicher oder ungerechtfertigter Kündigung) ist verabschiedet.*

Ziel 7: Förderung der Gleichstellung von Mann und Frau

- ▶ Der Bundesrat hat von einer Studie zu Instrumenten und Massnahmen zur Durchsetzung der Lohngleichheit zur Kenntnis genommen.*

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1: Umsetzung des Armeeberichts 2010 und Weiterentwicklung der Armee

- ▶ Die Vernehmlassung zur Änderung der Rechtsgrundlagen für die Weiterentwicklung der Armee (Armeebericht 2010) ist eröffnet.*
- ▶ Die notwendigen Voraussetzungen für die Umsetzung des Armeeberichts sind, basierend auf den Handlungsrichtlinien und Eckwerten von Bundesrat und Parlament, geschaffen.
- ▶ Die mittelfristige Armeepflicht sowie die Rüstungs- und Immobilienplanung sind auf die Handlungsrichtlinien und Eckwerte von Bundesrat und Parlament sowie auf die Ressourcenlage ausgerichtet.
- ▶ Der Bericht über mögliche Immobilienverkäufe des VBS (in Erfüllung des Po. SiK-SR 11.3753) ist verabschiedet.*

Ziel 2: Stärkung der unternehmerischen Führung im Departement

- ▶ Die betriebswirtschaftliche Führung im VBS (insbesondere Führung mit der Kosten-Leistungs-Rechnung und Projektportfoliomanagement) ist nachweislich gestärkt.
- ▶ Die unternehmerische Führung Verteidigung ist gestärkt und die neu definierten Führungsprozesse sind etabliert.
- ▶ Die IKT Betriebskosten sind nachweislich weiter gesenkt.
- ▶ Das Beschaffungs- bzw. Lebenswegmanagement von Systemen und Material ist harmonisiert. Die eingeführten, informatikunterstützten Prozesse sind angepasst und etabliert.
- ▶ Erkanntes Verbesserungspotenzial im Bereich des Immobilienmanagements VBS (z.B. Projektauf- und -führung) wird umgesetzt.

Ziel 3: Umsetzung Sicherheitsverbund Schweiz

- ▶ Die Prozesse des Sicherheitsverbunds sind operativ. Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortlichkeiten zwischen den verschiedenen Partnern auf Stufe Bund und Kantonen sind geklärt. Der Handlungsbedarf ist im Rahmen einer entsprechenden Konzeption inklusive Umsetzungsplanung festgehalten.
- ▶ Die Sicherheitsverbundsübung 2014 ist fertig geplant und bereit zur Umsetzung.

Ziel 4: Weiterentwicklung Bevölkerungsschutz, Zivilschutz und Kulturgüterschutz

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Gesetzes über den Kulturgüterschutz eröffnet.*
- ▶ Das Konzept für den Zivilschutz liegt im Rahmen der Strategie Bevölkerungsschutz und Zivilschutz 2015+ vor.

Ziel 5: Sportförderungsgesetz und Olympische Winterspiele 2022

- ▶ Die neuen Vollzugsstrukturen und -prozesse zum Sportförderungsgesetz sind operationell.
- ▶ Die Massnahmen im Zusammenhang mit der Kandidatur der Schweiz für die Olympischen Winterspiele 2022 sind umgesetzt.*

Ziel 6: Nachrichtendienstgesetz (NDG)

- ▶ Die Botschaft zu einem neuen Nachrichtendienstgesetz (NDG) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Teilrevision des Bundesgesetzes über die Zuständigkeiten im Bereich des Zivilen Nachrichtendienstes (ZNDG) ist verabschiedet.*

Finanzdepartement

Ziel 1: Wahrung des Gleichgewichts des Bundeshaushalts

- ▶ Der Bericht zur Schuldenbremse (in Erfüllung des Po. Graber 10.4022) ist vom Bundesrat verabschiedet.*

Ziel 2: Weiterentwicklung der ergebnisorientierten Verwaltungsführung

- ▶ Die Botschaft über das Neue Führungsmodell für die Bundesverwaltung (NFB) ist verabschiedet. Vorgängig hat eine Konsultation der interessierten parlamentarischen Kommissionen zum Detailkonzept NFB stattgefunden.*

Ziel 3: Standortattraktivität und Stabilität des Finanzplatzes

- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Finanzdienstleistungsgesetz eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Finanzmarktinfrastukturgesetz eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zu den revidierten GAFI-Empfehlungen Kenntnis genommen. Die Botschaft über die Umsetzung der revidierten Standards ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat aufgrund des «Berichts zur Finanzmarktpolitik des Bundes» über die sich ergebenden Massnahmen entschieden.*
- ▶ Die systematische Finanzmarktanalyse zuhanden der Departementsvorsteherin und die Frühwarnung zuhanden des Bundesrates sind sichergestellt.
- ▶ Die steuerlichen Sorgfaltspflichten in Zusammenhang mit der Entgegennahme fremder Gelder sind vom Bundesrat genehmigt.
- ▶ Der Bundesrat hat die Mandate zu Verhandlungen mit mindestens zwei Staaten über den Abschluss von bilateralen Quellensteuerabkommen und die Verbesserung des Marktzugangs genehmigt.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Umsetzung des internationalen Standards über die Amtshilfe in Steuersachen fortgeführt, indem er die Unterzeichnung weiterer Doppelbesteuerungsabkommen gemäss OECD-Standard und weiterer Informationsaustauschabkommen (TIEAs) genehmigt hat und indem die zur Einhaltung des Standards notwendigen Anpassungen im nationalen Recht vorgenommen worden sind.*

Ziel 4: Stellung der Schweiz in internationalen Finanzgremien

- ▶ Die Interessen der Schweiz in der Reform der Stimmrechte im Internationalen Währungsfonds (IWF) sind gewahrt.*
- ▶ Die Beziehungen zu den Ländern der Stimmrechtsgruppe des IWF und die Zusammenarbeit innerhalb der Gruppe sind weiter konsolidiert.*
- ▶ Die Vereinbarung mit Polen zur verstärkten Zusammenarbeit im IWF wird schrittweise umgesetzt.*
- ▶ Die Botschaft für einen Beitrag der Schweiz an den Treuhandfonds des IWF ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zum Insolvenzverfahren von Staaten (in Erfüllung des Po. Gutzwiller 11.4033) verabschiedet.*
- ▶ Der Einfluss der Schweiz im Financial Stability Board (FSB) ist gefestigt und sie nimmt Einsitz in den für sie prioritären Arbeitsgruppen.*
- ▶ Das Kontaktnetz zur G20 und zu deren Mitgliedsländern ist ausgeweitet. Dies mit der Absicht, die Schweiz als Ansprechpartnerin in für sie wichtigen Finanzfragen zu etablieren.*

Ziel 5: Verhältnis der Schweiz zur EU im Finanzmarktbereich

- ▶ Die EU-Finanzmarktregulierung wird mit Blick auf die Wettbewerbsfähigkeit der Schweiz verfolgt. Die Anliegen der Schweiz sind im Rahmen des regelmässigen Dialogs mit der EU eingebracht worden.
- ▶ Ein Dialog mit der EU über eine Revision des Zinsbesteuerungsabkommens ist aufgenommen, sofern die EU die laufenden Revisionsarbeiten zu ihrer Zinsbesteuerungsrichtlinie beendet und ein entsprechendes Mandat verabschiedet hat.*

Ziel 6: Attraktivität und Glaubwürdigkeit des schweizerischen Steuersystems

- ▶ Der Bundesrat hat Kenntnis genommen vom Vernehmlassungsergebnis zur Beseitigung der Heiratsstrafe und zur Erzielung ausgewogener Belastungsrelationen bei der Ehepaar- und Familienbesteuerung und hat die Botschaft verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des eidgenössischen Steuerstrafrechtes eröffnet.*
- ▶ Die Botschaft zur Revision des Mehrwertsteuergesetzes (Rückweisungsvorlage) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die Folgeentscheide getroffen, die sich aus der Konkretisierung des am 4. Juli 2012 erteilten Mandatstexts über den Dialog mit der EU über die Unternehmensbesteuerung ergeben.*
- ▶ Sofern der Fortgang des Steuerdialogs mit der EU es erlaubt, hat der Bundesrat die Vernehmlassung zur Unternehmenssteuerreform III eröffnet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zu steuerlichen Fördermassnahmen im Bereich Forschung und Entwicklung (in Erfüllung des Po. WAK-N 10.3894) verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur Dualen Einkommenssteuer (in Erfüllung des Po. Sadis 06.3042) verabschiedet.*

Ziel 7: Evaluation des Finanzausgleichs

- ▶ Ein mit der paritätischen Begleitgruppe (Bund–Kantone) konsolidierter Entwurf des Wirksamkeitsberichts zum Finanzausgleich liegt vor.

Ziel 8: Ökologische Steuerreform

- ▶ Der Bundesrat hat einen Anhörungsbericht zur Einführung einer ökologischen Steuerreform verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur Ökologisierung des Steuersystems (in Erfüllung der Mo. Studer 06.3190) verabschiedet.*

Ziel 9: Stärkung der Sicherheit der Schweiz durch Sicherung der Schengen-Aussengrenzen

- ▶ Die Beteiligung der Schweiz an Operationen der Europäischen Grenzschutzagentur Frontex ist vollständig operationell.
- ▶ Die ersten Dokumentenberater (Airline Liaison Officers) zur Prüfung von ungültigen oder gefälschten Reisedokumenten an Flughäfen von Drittstaaten sind entsandt.

Ziel 10: Umsetzung der «Personalstrategie Bundesverwaltung 2011–2015»

- ▶ Die Kriterien für «ortsunabhängige Arbeitsplätze und mobiles Arbeiten» sind definiert.
- ▶ Das Konzept «Instrumente und Modelle für spezifische Laufbahnen» zeigt einen Orientierungs- und Entwicklungsrahmen sowie insgesamt drei bis fünf konkrete Fach-, Führungs- und/oder Projektleitungslaufbahnen in Querschnittsfunktionen auf.
- ▶ Das aktualisierte Personal- und Kaderentwicklungskonzept ist verabschiedet und dessen bundesweite Umsetzung initialisiert.

Ziel 11: Gleichstellung von Frau und Mann in der Bundesverwaltung und Gewährleistung der Chancengleichheit der sprachlichen Minderheiten

- ▶ Der Bundesrat hat die überprüfte und aktualisierte Chancengleichheitsweisung verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat hat die überprüfte und aktualisierte Mehrsprachigkeitsweisung verabschiedet.*
- ▶ Die Sollwerte für die Sprachenanteile gemäss Sprachenverordnung sind überprüft.*
- ▶ Das Instrument zur Beurteilung der Sprachenkenntnisse in der Bundesverwaltung ist evaluiert und allfällige Massnahmen sind festgelegt.

Ziel 12: Umsetzung der Bundesinformatik-Strategie

- ▶ Ein erster strategischer Controllingbericht zur IKT auf Stufe Bund ist verabschiedet.*
- ▶ Das Konzept für ein übergreifendes IKT-Portfolio-Management ist verabschiedet.*
- ▶ Das Konzept für einen Datacenter-Verbund (Rechen- und insbesondere Datenzentren) der Bundesverwaltung ist verabschiedet.*
- ▶ Die Anforderungen der Departemente und der Bundeskanzlei im Hinblick auf die weiteren Infrastruktur- und Sicherheitsservices sind erhoben, die entsprechenden Marktmodelle sind dem Bundesrat beantragt.*

Ziel 13: Sicherheit der Informatikinfrastruktur

- ▶ Der Umsetzungsplan zur Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyberrisiken ist verabschiedet.*

Ziel 14: Verfügbarkeit öffentlicher Daten

- ▶ Der Bundesrat hat den Bericht zur offenen Zugänglichkeit und zur freien Nutzung von Behördendaten (in Erfüllung des Po. Wasserfallen 11.3884) verabschiedet.*

Ziel 15: Umsetzung Neuausrichtung BIT

- ▶ Die ersten Schritte (Konzept, erste Phase der Organisationsanpassung und Leistungsangebot) zur Verbesserung der Effizienz, Kundenzufriedenheit und Zusammenarbeit mit den weiteren IKT-Leistungserbringern der Bundesverwaltung sind im BIT umgesetzt.

Ziel 16: Revision des Tabaksteuergesetzes

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Tabaksteuergesetzes Kenntnis genommen.

Ziel 17: Erhöhung der Transparenz beim Beschaffungscontrolling

- ▶ Die auf der Statistik Beschaffungszahlungen basierende Berichterstattung ist dem Bundesrat vorgelegt worden. Die Berichterstattung umfasst auch Massnahmenvorschläge zur Umsetzung in den Departementen.
- ▶ Das Vertragsmanagement Bundesverwaltung erfasst für jede Vergabe über dem Schwellenwert diejenigen Informationen, die auf der Internetplattform für öffentliche Beschaffungen (simap.ch) publiziert werden. Das Vertragsmanagement ist bis Ende 2013 im Finanzdepartement eingeführt.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1: Bündelung und Stärkung der Bundesaktivitäten im BFI-Bereich

- ▶ Der Aufbau des SBFI ist abgeschlossen; das Amt ist im WBF integriert.
- ▶ Die BFI-Botschaft 2013–2016 wird umgesetzt.

Ziel 2: Die hohe Qualität und der international gute Ruf des schweizerischen Hochschulsystems und der Forschung sind gewährleistet

- ▶ Die Vereinbarung von Bund und Kantonen über die Zusammenarbeit im Hochschulbereich (ZSAV) ist im Hinblick auf die Inkraftsetzung des Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetzes (HFKG) auf der Basis der Anhörung und der Vernehmlassung in den Kantonen bereinigt.
- ▶ Der Bericht zur Anerkennung von Diplomen und zum Titelschutz unter dem neuen Hochschulförderungs- und -koordinationsgesetz (HFKG), im Besonderen für Fachhochschulen, ist verabschiedet (in Erfüllung des Po. WBK-N 12.3019 und der Mo. Bischofberger 11.3921).*
- ▶ Die Prioritätenordnung für die Investitionsbeiträge nach dem Universitätsförderungsgesetz für die Periode 2013–2016 ist durch den Departementsvorsteher genehmigt.
- ▶ Die Vernehmlassung zum Gesundheitsberufegesetz ist eröffnet.*
- ▶ Das totalrevidierte FIFG und die entsprechende Verordnung sind in Kraft gesetzt.*
- ▶ Die Entscheide zur Errichtung Nationaler Forschungsschwerpunkte NFS (4. Serie) sind durch den Departementsvorsteher gefällt.
- ▶ Der Aktionsplan zur Umsetzung der Schweizerischen Raumfahrtspolitik ist durch den Departementsvorsteher genehmigt.
- ▶ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an den EU-Forschungsrahmenprogrammen für die Jahre 2014 bis 2020 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Rahmenbedingungen für die Umsetzung des Entscheids der EU über die Beteiligung der Schweiz an den «Future and Emerging Technologies» (FET)-Flaggschiff-Initiativen sind überprüft.
- ▶ Die Mitgliedschaft der Schweiz in der COST Office Association ist eingeleitet.
- ▶ Die internationale Vernetzung im Bereich Forschung und Innovation ist durch einen zusätzlichen swissnex-Standort in Brasilien gestärkt.*
- ▶ Das bilaterale Forschungsabkommen mit Russland ist in Kraft gesetzt; es trägt zur weiteren Vertiefung der wissenschaftspolitischen Beziehungen zu Russland bei.
- ▶ Der Weg und die Form einer Beteiligung der Schweiz am Bau und an der Finanzierung der European Spallation Source (ESS) sind entschieden.*

Ziel 3: Der Nachwuchs für qualifizierte Fachkräfte in Wissenschaft und Wirtschaft wird gefördert, und die Bildungs- und Beschäftigungsfähigkeit von Jugendlichen ist verbessert

- ▶ Der Bericht über Massnahmen zur Förderung des wissenschaftlichen Nachwuchses in der Schweiz (in Erfüllung des Po. WBK-S 12.3343) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht zum Massnahmenangebot am Übergang zur Sekundarstufe II (in Erfüllung des Po. Ingold 10.3738 und des Po. Müri 11.4007) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über Cleantech-Kompetenzen in der beruflichen Grundbildung (in Erfüllung des Po. Müri 11.3188) ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht über die Anerkennung von Nachdiplomstudien der höheren Fachschulen (in Erfüllung des Po. Häberli-Koller 12.3415 und des Po. Jositsch 12.3428) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft über die Beteiligung der Schweiz an «Erasmus for all» 2014–2020, der künftigen Programmgeneration der EU im Bereich Bildung, Berufsbildung und Jugend ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Stipendieninitiative» ist nach Auswertung der Ergebnisse des Vernehmlassungsverfahrens mit indirektem Gegenvorschlag verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zum Gesetz über die Weiterbildung ist verabschiedet.*

Ziel 4: Festigung und weiteres Wachstum der schweizerischen Wirtschaft in allen ihren Segmenten durch bestmögliche Rahmenbedingungen

- ▶ Die Lage der Konjunktur wird kontinuierlich geprüft. Handlungsoptionen sind erarbeitet, und gegebenenfalls Anträge unterbreitet.
- ▶ Die Wachstumspolitik ist fortgesetzt und der jährliche Bericht des WBF über den Umsetzungsstand der Massnahmen der Wachstumspolitik 2012–2015 ist durch den Bundesrat genehmigt.*
- ▶ Die administrative Entlastung wird weitergeführt. Der Bericht über die Regulierungskosten ist durch den Bundesrat genehmigt.*

Ziel 5: Weiterentwicklung der Agrarpolitik in Richtung einer integralen Politik für die Land- und Ernährungswirtschaft

- ▶ Der Bundesrat setzt die Agrarpolitik 2014–2017 fristgerecht um. Er verabschiedet im vierten Quartal 2013 basierend auf dem revidierten Landwirtschaftsgesetz das Verordnungspaket zur Umsetzung der Agrarpolitik 2014–2017. Er fördert damit eine produzierende, umweltschonende und wettbewerbsfähige Landwirtschaft. Er nutzt bei der Umsetzung den vorhandenen Spielraum für einen schlanken Vollzug und eine geringe administrative Belastung der Betriebe und Vollzugsstellen.*
- ▶ Machbare Marktöffnungsschritte im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft werden mit der EU und Drittländern in Abstimmung mit der internen Agrarpolitik weiterhin geprüft. Die Marktöffnungsvorschläge, welche in Abstimmung mit der internen Agrarpolitik erfolgen sind Teil eines Gesamtkonzepts zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Ernährungswirtschaft. Fundierte Entscheidungsgrundlagen für die weitere Marktöffnungsstrategie im Bereich der Land- und Ernährungswirtschaft sind erarbeitet.*

Ziel 6: Weichenstellung für die Fortführung der Standortförderung ab 2016

- ▶ Die Evaluationsergebnisse und Grundlagenarbeiten für die Weiterführung der Instrumente der KMU-Politik, Exportförderung, Standortpromotion, Tourismusförderung und Regionalpolitik liegen vor und die Folgerungen für die Botschaft im Jahre 2015 sind gezogen.
- ▶ Die Vernehmlassungsvorlagen sind soweit erforderlich erarbeitet.
- ▶ Sollten aufgrund der aktuellen Herausforderungen im Tourismus zusätzliche Massnahmen für den ländlichen Raum angezeigt sein (u.a. auch auf der Basis von parlamentarischen Vorstössen), werden Handlungsoptionen geprüft und gegebenenfalls Anträge unterbreitet.

Ziel 7: Sicherung der Multilateralen Handelsordnung / Stärkung der WTO

- ▶ Die Schweiz setzt sich entschieden gegen jegliche Form von Protektionismus ein.*
- ▶ Die Schweiz beteiligt sich aktiv am Abschluss von Verhandlungen, die zum Ziel haben (i) die Zollverfahren zu vereinfachen und zu beschleunigen, (ii) den Handel mit Informationstechnologien sowie (iii) den Handel mit Dienstleistungen zu liberalisieren (plurilaterale Initiative).*
- ▶ Neue Ansätze werden gesucht, um dem Scheitern der Doha-Runde entgegenzuwirken. Dabei setzt sich die Schweiz für den Abschluss von Verhandlungen über eine begrenzte Anzahl von Themen ein, die ein ausgewogenes Paket bilden und insbesondere ein Abkommen über Handelserleichterungen und Massnahmen zur besseren Integration der ärmsten Länder ins Handelssystem enthalten. Der Abschluss dieser Arbeiten wird für die nächste Ministerkonferenz der WTO (Ende 2013) angestrebt.

Ziel 8: Verstärkung der Freihandelspolitik durch Ausbau und Weiterentwicklung des Netzes von Freihandelsabkommen

- ▶ Die EFTA-Freihandelsabkommen mit Indien, mit Bosnien und Herzegowina sowie mit den Staaten Zentralamerikas sind unterzeichnet und die Botschaften dazu verabschiedet.*
- ▶ Die Verhandlungen über ein bilaterales Freihandelsabkommen Schweiz-China sind abgeschlossen.*
- ▶ Die Verhandlungen über die EFTA-Freihandelsabkommen mit den Staaten der Zollunion Russland-Belarus-Kasachstan, mit Indonesien und mit Vietnam befinden sich in einem fortgeschrittenen Stadium.*
- ▶ Die Verhandlungen zu einem Freihandelsabkommen mit Malaysia, Wiederaufnahme der Verhandlungen mit Thailand und Algerien sind aufgenommen.*
- ▶ Die Entscheidungsgrundlagen zur Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit den Philippinen, Pakistan und Georgien sind erarbeitet und die Möglichkeit zur Aufnahme von Freihandelsverhandlungen mit den Mercosur-Staaten ist geprüft.

Ziel 9: Gestärktes bilaterales Verhältnis der Schweiz zur EU und zu den europäischen Ländern

- ▶ Die Handelsbeziehungen mit unseren Nachbarstaaten werden gestärkt.
- ▶ Die Botschaft zum bilateralen Kooperationsabkommen im Bereich Wettbewerb ist verabschiedet.*
- ▶ Die Anpassungen der flankierenden Massnahmen an die Personenfreizügigkeit sind umgesetzt.
- ▶ Die im Bericht des Bundesrates vom 4. Juli 2012 über die Personenfreizügigkeit und die Zuwanderung in die Schweiz erwähnten Massnahmen werden umgesetzt:
 - Prüfung von Massnahmen, um im Zusammenhang mit der Fachkräfteinitiative die Ausschöpfung des einheimischen Fachkräftepotenzials zu verbessern.
 - Prüfung von Massnahmen im Zusammenhang mit den Folgen der Zuwanderung auf dem Wohnungsmarkt (s. Ziel 9).

Ziel 10: Umsetzung der Kartellgesetzrevision

- ▶ Die notwendigen Verordnungsanpassungen für eine verzugslose Umsetzung der Kartellgesetzrevision werden ausgearbeitet.

Ziel 11: Anpassung der Wohnungspolitik an ein verändertes Umfeld

- ▶ Die Massnahmen aus dem Prüfauftrag gemäss Bundesratsbeschluss vom 4. Juli 2012 betreffend Erleichterung des Zugangs zu Bauland für gemeinnützige Wohnbauträger werden umgesetzt.
- ▶ Eine längerfristige Strategie für das Bundesamt für Wohnungswesen liegt vor und wird umgesetzt. Dabei stehen wohnungspolitische Antworten auf zentrale volkswirtschaftlichen Herausforderungen (Wirtschaftswachstum, Erhaltung des Industriestandorts, Kulturlandschutz, Energiewende) im Vordergrund.
- ▶ Die Rahmenmietverträge für die Westschweiz und für den Kanton Waadt sind angepasst und deren Allgemeinverbindlicherklärung erneuert.

Ziel 12: Revision des Bundesgesetzes über die wirtschaftlichen Landesversorgung

- ▶ Der Bundesrat hat vom Vernehmlassungsergebnis zur Revision des Bundesgesetzes über die wirtschaftliche Landesversorgung Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.*

Ziel 13: Revision der Gesetzgebung des Zivildienstes

- ▶ Die Gesetzgebung wird angepasst, um den Vollzug des Zivildienstes zu optimieren und die Weiterentwicklung der Rechtsgrundlagen der Armee zu beachten.*

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1: Weiterentwicklung der Politik bezüglich Radio und Fernsehen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien

- ▶ Die Botschaft zur Revision des Radio- und Fernsehgesetzes betreffend neues System für die Erhebung der Radio- und Fernsehgebühren ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bericht «Rechtliche Basis für Social Media» (in Erfüllung des Po. Amherd 11.3912) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Revision der Verordnung über Fernmeldedienste zur Modernisierung der Kostenberechnung für den Zugang zu Telecomnetzen ist verabschiedet.*
- ▶ Der Bundesrat ist über die Arbeiten zur Umsetzung seiner Strategie für eine Informationsgesellschaft in der Schweiz informiert.
- ▶ Die angepasste Konzession der SRG zur Flexibilisierung des publizistischen Online-Auftrittes ist verabschiedet.
- ▶ Die Interessen der Schweiz im Bereich der Internet Domain Namen, namentlich bezüglich .swiss sind gewahrt.

Ziel 2: Sicherstellung der Versorgung der Schweiz mit Energie und natürlichen Ressourcen und schrittweiser Ausstieg aus der Kernenergie sowie Reduktion der Abhängigkeit von fossilen Energien

- ▶ Die Botschaft zur Energiestrategie 2050 ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Volksinitiative «Für eine nachhaltige und ressourceneffiziente Wirtschaft (Grüne Wirtschaft)» ist verabschiedet (sofern sich der Bundesrat nicht für einen Gegenvorschlag entscheidet).*
- ▶ Das bereinigte Detailkonzept zur Strategie Stromnetze ist verabschiedet.

Ziel 3: Weiterführung der Verlagerungspolitik und des Ausbaus der Bahninfrastruktur

- ▶ Die Botschaft «Bau und Finanzierung eines 4-Meter-Korridors für den Schienengüterverkehr auf der Gotthard-Achse» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Zukunft des Schienengüterverkehrs in der Fläche ist eröffnet.*
- ▶ Der Bericht über die Verkehrsverlagerung (Verlagerungsbericht 2013) ist veröffentlicht.*
- ▶ Die Anpassungen und Ergänzungen 2012 zum Sachplan Verkehr, Teil Infrastruktur Schiene sind verabschiedet.

Ziel 4: Sicherstellung der Funktionsfähigkeit und der langfristigen Finanzierung im Verkehrsbereich

- ▶ Die Botschaft «Fanzüge»; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes (PBG) ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft «Strassenzulassung und Verkehrsstrafrecht; Änderung des Personenbeförderungsgesetzes und weiterer Erlasse» ist verabschiedet.*
- ▶ Die Botschaft zur Anpassung des Bundesgesetzes über den Strassentransitverkehr im Alpengebiet zur Sanierung des Gotthard-Strassentunnels ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Spezialfinanzierung Strassenverkehr (Erhöhung Mineralölsteuerzuschlag) und zum Strategischen Entwicklungsprogramm Nationalstrassen ist durchgeführt und ausgewertet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur zweiten Programmbotschaft zur Beseitigung von Engpässen auf dem Nationalstrassennetz ist durchgeführt und ausgewertet.*
- ▶ Der Bundesrat hat im Rahmen einer Aussprache über die Weiterführung der Bundesbeiträge für den Agglomerationsverkehr befunden.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur zweiten Programmbotschaft über die Freigabe der Mittel ab 2015 für den Agglomerationsverkehr ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Arbeitszeitgesetzes ist eröffnet.
- ▶ Die Vollzugserlasse zum zweiten Schritt der Bahnreform 2 sind verabschiedet.
- ▶ Die Realisierung des 6-Spur-Ausbaus zur Engpassbeseitigung zwischen Härkingen und Wiggertal (N1) und Planungsarbeiten zur Engpassbeseitigung bei der Nordumfahrung Zürich (N1) und bei Crissier (N1) sind gemäss Planung fortgeschritten.

Ziel 5: Internationale Erschliessung der Schweiz auf dem Luftweg sowie Rechts- und Planungssicherheit für die Schweizer Landesflughäfen

- ▶ Das Objektblatt für den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt für den Flughafen Zürich ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Teilrevision II des Luftfahrtgesetzes ist eröffnet.*
- ▶ Die Aussenlandeverordnung (Verordnung über das Abfliegen und Landen mit Luftfahrzeugen ausserhalb von Flugplätzen) ist vom Bundesrat verabschiedet.
- ▶ Erste Massnahmen des «Functional Airspace Block Europe Central» (FABEC) im Bereich des institutionellen Rahmens, der Luftraumstruktur und der Performance sind umgesetzt.
- ▶ Das Objektblatt für den Sachplan Infrastruktur der Luftfahrt für den Flughafen Basel ist verabschiedet.

Ziel 6: Eindämmung des Klimawandels und seiner Folgen

- ▶ Die Botschaften zur Ratifikation eines allfälligen Nachfolgeabkommens zum Kyoto-Protokoll und eines bilateralen Vertrags mit der EU über die Beteiligung am europäischen Emissionshandelssystem sind verabschiedet.*
- ▶ Die Aktionspläne zur Anpassung an die Klimaänderung in der Schweiz sind verabschiedet.*

Ziel 7: Optimale Raum- und Bodennutzung und Wirksamer Umwelt-, Kulturland- und Naturschutz

- ▶ Die Botschaft zu einem Bundesgesetz über Zweitwohnungen ist verabschiedet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur 2. Etappe der Revision des Raumplanungsgesetzes ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision des Waldgesetzes (Prävention und Bekämpfung von biotischen Gefahren ausserhalb des Schutzwaldes) ist eröffnet.*
- ▶ Die Vernehmlassung zur Revision der Raumplanungsverordnung, mit der die Revision vom 15. Juni 2012 des Raumplanungsgesetzes ausgeführt wird, ist eröffnet.
- ▶ Die Anhörung zu den Technischen Richtlinien Bauzonendimensionierung und zum Leitfaden Richtplanung im Bereich Siedlung als Instrumente zur Unterstützung des Vollzugs der Revision vom 15. Juni 2012 des Raumplanungsgesetzes ist eröffnet.

Ziel 8: Vertiefung der Beziehungen mit der EU

- ▶ Die Verhandlungen im Bereich Strom sind weitergeführt.*
- ▶ Die Verhandlungen über die Beteiligung der Schweiz am europäischen Satellitennavigationsprogramm GNSS (Galileo/EGNOS) sind abgeschlossen.*
- ▶ Die Verhandlungen über eine Teilnahme am Emissionshandelssystem (ETS) sind abgeschlossen.

